

BERICHT ZUR LAGE DER WIRTSCHAFT

11/2024

Eine Woche der Entscheidungen

Exklusiver Bericht für ACATIS Investment: Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Wohl fälschlich wird Lenin das Zitat zugeschrieben: „Es gibt Jahrzehnte, in denen nichts passiert; und Wochen, in denen Jahrzehnte passieren.“ Jedenfalls war diese Kalenderwoche 45 eine ereignisreiche Woche, vielleicht sogar eine, die in die Geschichtsbücher eingeht. Zum einen fanden in den USA Präsidentschaftswahlen statt, die Donald Trump mit deutlichem Abstand vor seiner Herausforderin Kamala Harris gewann. Zudem eroberten die Republikaner den Senat und dürften die Mehrheit im Repräsentantenhaus stellen. Den Supreme Court konnte Trump schon in seiner ersten Amtszeit in eine richterliche Mehrheit zu seinen Gunsten verändern. It's a clean swipe.

Welche Auswirkungen dies auf die Welt, auf Europa und auf Deutschland haben wird, ist noch unklar. Trump hatte in seiner ersten Amtszeit regelmäßig Winkelzüge hingelegt. Seine Politik mutete erratisch an und ist daher schwer zu antizipieren. Es wird sich in den nächsten Wochen weisen müssen, was uns blüht.

Zum anderen aber ist am Mittwoch, dem 6. November 2024 die amtierende Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP mit der Entlassung des Bundesfinanzministers durch den Bundeskanzler zerbrochen. Aktuell amtiert eine grün-rote Minderheitsregierung. Vorgezogene Neuwahlen sollen spätestens im März 2025 stattfinden.

Hoffentlich finden sie eher statt, denn ein Problem für die deutsche Wirtschaft, für Investitions- wie für Konsumentscheidungen besteht in der wirtschaftspolitischen Unsicherheit, die diese Regierung seit ihrem Amtsantritt mitverursacht hat. Begründet ist dies in den grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Unterschieden. Grüne und SPD setzen auf einen gesteuerten Strukturwandel mit Geboten und Verboten, also Ordnungsrecht, mit Subventionen und Industriepolitik, also mit Investitionslenkung. Die FDP und die oppositionelle CDU/CSU, zumindest in Gestalt ihres Vorsitzenden und ihres Generalsekretärs, setzen auf Soziale Marktwirtschaft, auf den Preismechanismus und darauf, dass die richtigen Rahmenbedingungen zu marktwirtschaftlich vernünftigen Entscheidungen von Unternehmen und von Konsumentinnen und Konsumenten führen. Die Transformation sollte demnach vor allem mit der Bepreisung von CO2 erfolgen, Subventionen zur Abfederung von Härten in dieser Transformation nur dosiert eingesetzt werden und eine sozialpolitisch motivierte Kompensation im Rahmen des bestehenden Steuer-Transfer-Systems vorgenommen werden.

Das Papier von Christian Lindner bringt diesen Gegensatz auf den Punkt und legt im Anschluss dar, wie eine angebotspolitische Wende für die Wirtschaft aussehen könnte, welche Maßnahmen notwendig sind, um die Kostensituation der Unternehmen in den Bereichen Arbeit, Energie, Regulierung und Steuern in einem vertretbaren Maße zu verbessern. Zugleich zeigt dieses Papier auf, dass diese Politik ohne Verletzung der Schuldenbremse und unter Einhaltung der neuen europäischen Fiskalregeln im geltenden Stabilitäts- und Wachstumspakt möglich ist. Es hätte als Grundlage für Kompromisse in der Koalition dienen können.

Insbesondere die Sozialdemokraten waren nicht bereit, sich in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu bewegen. Sie setzen in diesen Bereichen weiterhin auf eine Verschärfung der Arbeitsmarktregulierung und eine Ausweitung von Sozialleistungen. Die Aufforderung des Bundeskanzlers, die Schuldenbremse mit einem Notlagenbeschluss zur Finanzierung der höheren Ukraine-Hilfen auszusetzen, ist offen verfassungswidrig und politisch durchschaubar. Bei einer Erhöhung der Ukraine-Hilfen um 3 Mrd. Euro liegt angesichts eines Bundeshaushalts von rund 490 Mrd. Euro keine erhebliche Beeinträchtigung der staatlichen Finanzlage im Sinne des Art. 115 GG vor. Wie sich die für den Beschluss avisierten 15 Mrd. Euro zusammensetzen, bleibt im Dunkeln. In Wahrheit geht es um die Finanzierung von Sozialtransfers mit Schulden.

Die CDU/CSU kann vor diesem Hintergrund der rot-grünen Minderheitsregierung weder in der Haushaltspolitik noch in der Sozialpolitik die Hand bieten. Sie dürfte dem Nachtragshaushalt 2024, dem Bundeshaushalt 2025 oder dem Heil'schen Rentenpaket nicht zustimmen und so Beitragszahler wie Steuerzahler vorerst vor neuen Belastungen bewahren. Da dies bereits absehbar ist, sollte der Bundeskanzler die Vertrauensfrage früher stellen und Neuwahlen nicht mehr im Wege stehen. Deutschland braucht eine bessere Wirtschaftspolitik.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld